



Verband der Lehrerinnen und Lehrer an berufsbildenden Schulen Rheinland-Pfalz

im Bundesverband der Lehrer an berufsbildenden Schulen e.V. und im Deutschen Beamtenbund

Adam-Karrillon-Straße 62, 55118 Mainz, Tel.: 06131 - 61 24 50, Fax: - 61 67 05

Adam-Karrillon-Str.62 · 55118 Mainz

**Anhörung der SPD-Fraktion im
Kurfürstlichen Schloss, Mainz**

Vorsitzender:

Ulrich Brenken

Rheingauer Straße 8

55122 Mainz

Tel. 06131-41818

Fax : 06131-41817

eMail,p: citroen-club@t-online.de

eMail,d: ulrich.brenken@bbs1-mainz.de

29.11.07

Konzept zur Fortentwicklung des rheinland-pfälzischen Schulsystems

Positionspapier des vlbs Rheinland-Pfalz

Der Verband der Lehrerinnen und Lehrer an berufsbildenden Schulen - kurz vlbs - dankt für die Gelegenheit, hier heute sprechen zu dürfen. Trotz unserer Bitte um Gespräche im Vorfeld gab es – nicht nur mit dem vlbs – KEINE Kommunikation vor dem 30.10. und heute gibt's nur 10 Minuten Sprechzeit. Daher wird's aus Sicht der BBSn nun etwas kantiger in der Betrachtung und kerniger im Ton. Das vlbs-Positionspapier vom 10.11. mache ich hierbei zum Gegenstand meiner Ausführungen. Es liegt der SPD seit gut 2 Wochen vor.

Punkt 1/4: Gleichwertigkeit allgemeiner und beruflicher Bildung stärken!

Nach dem Schülerberg wird in Rheinland-Pfalz bislang allen betroffenen Schularten durch Erweiterung des pädagogischen Spektrums geholfen. Nur die berufsbildenden Schulen (BBSn) werden seit dem 30.10. - schon 4 Jahre vor unserem erwarteten Schülerberg in 2011 - geschwächt bzw. gar gefährdet. Dabei erwähnt „Realschule plus“ die BBSn und



unsere 120.000 Schülerinnen und Schülern nicht einmal. Außer als anonymer Steinbruch kommen wir nicht vor. Gegen solches Vorgehen wehren wir uns massiv.

Das ist unsolidarisch und beispiellos.

Es kann nicht sein, die allgemeine Bildung auf Kosten der beruflichen zu stärken, vielmehr sind ALLE Kompetenzen an ALLEN Schularten zu stärken.

Der vlbs fordert hierzu 2 Dinge:

- 1. Die BBSn dürfen nicht als Steinbruch zur Sanierung der allgemein bildenden Schulen (ABSn) missbraucht werden!**
- 2. Die strikte Gleichbehandlung ALLER Schularten in ihrer Lehrkräfteversorgung, in ihren fachlichen und pädagogischen Entfaltungsmöglichkeiten, ist herzustellen und dann sicherzustellen.**

Punkt 2/4: UNSERE Strukturreform an BBSn wird erschüttert!

WIR haben UNSERE grundlegende Systemreform mit viel Engagement und in breitem Konsens aller beteiligten gesellschaftlichen Gruppen in Schule und Wirtschaft über 10 Jahre lang erarbeitet. Die Reform-BBS ist seit 2004 in Kraft und die Politik hat uns immer bescheinigt, dass die Gleichwertigkeit allgemeiner und beruflicher Bildung für die Landesregierung nicht nur selbstverständlich sei sondern noch weiter ausgebaut werde.

Doch jetzt erschüttert die geplante „Realschule plus“ unsere erfolgreiche Strukturreform von 2004 in ihren Grundfesten:

Sie stellt zur Rettung von Teilen der ABSn **alle Wahl- bzw. Vollzeitschulen** unserer Schulart, in denen wir über 40.000 Schülerinnen und Schüler unterrichten, auf einen Schlag geradezu überfallartig in Frage.

Alle Entscheider, die diese Sichtweise für übertrieben halten, lade ich ein, sich persönlich bei den Lehrkräften und in der schulfachlichen Verwaltung der BBSn sachkundig zu machen:

Ich habe es seit meinem Eintritt in das Referendariat an BBSn vor gut 28 Jahren noch nie erlebt, dass in eine höchst engagierte und auch in internationalen Vergleichen (wie Berufsolympiaden) erfolgreiche Schulart sowie deren Studienseminare - **schlagartig so viel Demotivierung und Desorientierung** getragen wurde, wie mit dem Federstrich der



Presseveröffentlichung nebst Anlagen vom 30.10.07:

Der vlbs fordert hier einen ausführlichen ergebnisoffenen Dialog mit einer präzisen Folgeabschätzung der ausgelösten Steinbruchpotentiale - inclusive anschließender Beseitigung der Verunsicherungen durch Rücknahme aller Diskreditierungen unserer Schulart!

Punkt 3/4: Höchster Unterrichtsausfall an BBSn

und dann auch noch Steinbruch ?

Das geht gar nicht!

Für die BBSn hat der politische Wille - trotz mancher Verbesserungen – seit Jahrzehnten noch nie dazu gereicht, den Unterrichtsausfall im Pflichtunterricht - geschweige denn im Wahlunterricht – auch nur ansatzweise so niedrig zu halten, wie bei den ABSn.

Zudem liegen die BBSn bei der **Schüler-Lehrer-Relation** – in den letzten 16 Jahren unter Verantwortung der SPD - im Vergleich der Bundesländer eher im unteren Viertel, während die allgemein bildenden teils bis auf Platz 4 nach oben vordringen.

Um hier mit dem gleich zu ziehen, was die ABSn in Rheinland-Pfalz heute schon haben, bräuchten wir für Pflicht- und Wahlbereich zusammen mindestens +8%, eher 10% mehr Lehrkräfte, d.h. etwa +400, eher +500 VZ-Stellen an BBSn.

Da die Bildungspolitik seit Jahrzehnten die BBSn nicht ausreichend mit Lehrkräften versorgt, kann sie jetzt NICHT rufen: **Alarm!** Ihr habt zu wenig Output an BBSn. Die 1.000 Fachhochschulreife-Qualifikationen p.a., die uns zum Bundesdurchschnitt fehlen, machen jetzt aber andere, die wir seit Jahrzehnten besser mit Lehrkräften versorgt haben.

Man hat den BBSn Anfang der 80-er Jahre die 2-jährige FOS gestrichen, u.a. weil die Schul- und Studienabbrecher immer ohne Berufsausbildung da- standen, so wie das jetzt bei der „Realschule plus“ auch zu befürchten ist! Nun wird sie wieder hervorgeholt und an einer ABS verplant.

Damit **zerschlägt die SPD** in Sachen FOS / BOS und hBF, den **KERNBEREICH** der Gleichwertigkeit allgemeiner und beruflicher Bildung. Das ist - höflich gesprochen - un kreativ und systemwidrig.



Und zur Krönung sollen wir dann auch noch auf dem Wege der Abordnung einer anderen Schulart helfen, dass es dort mit dem klappt, was uns weggenommen wird.

Das geht nun wirklich nicht!

Der vlbs fordert hier: Wenn man sie jetzt wieder braucht, gehört die 2-jährige FOS ordnungspolitisch OHNE WENN und ABER an die BBSn !

Eine Etablierung an die Realschule würde auch die erst in 2/07 aktualisierte KMK-Rahmenvereinbarung zur FOS missachten. Dort ist klar gestellt, dass den Unterricht „in der Regel Lehrkräfte erteilen, die die Prüfungen für das Lehramt an BBSn oder für das Lehramt an Gymnasien abgelegt haben.“ **Da geht’s immerhin um 2 Staatsexamina!**

Auch wird für Rheinland-Pfalz speziell die Klasse 12 der FOS als Berufsoberschule (BOS) festgeschrieben. Von Realschulen ist dort auf den über 5 Seiten mit keiner Silbe die Rede. Klarer geht’s nach Ansicht des vlbs nicht. Dennoch traut sich das Ministerium schriftlich zu verbreiten, es sei beabsichtigt, „ein Weiterbildungsmodul für RS-Lehrkräfte zu entwickeln, damit diese nach einer Prüfung an den Fachoberschulen unterrichten können“. Das ist eine ministerielle **Kampfansage** und grobe Missachtung unserer Professionalität an BBSn.

Der vlbs erwartet, dass hier nach dem Sinn der KMK-Rahmenvereinbarung gehandelt wird, und nicht erst auf dem Rechtsweg geklärt werden muss, ob und wie die BBSn vom politischen Willen in Rheinland-Pfalz als Steinbruch genutzt werden dürfen.

Punkt 4/4: Zum optionalen 10. Schuljahr, „keiner ohne Abschluss“:

Das Ministerium hält es für möglich bzw. erwartet, dass „keiner ohne Abschluss“ mit ca. 80% Abschlussquote mehr Erfolg hat als das BVJ.

Bisher hieß es: der Wechsel der Lernumgebung an BBSn bringt’s, der **Verbleib von Schulmüden in ABSn schade eher**.

Eine sachliche Erklärung für diesen Systemwechsel ? Bislang Fehlanzeige!

Die Praxis z.B. des Schuljahres 2005/06 sieht ganz anders aus:



Das Hauptziel, mit dem Hauptschulabschluss eine Lehrstelle zu erobern, gelang in nur ca. 6.000 Fällen.

In der BF 1 und im BVJ haben wir aber ca. 13.000 Schülerinnen und Schüler.

Die BBS fängt also Jahr für Jahr mehr als doppelt so viele auf, die dieses Hauptziel der Hauptschule nicht erreicht haben oder die den S-1-Abschluss nachholen wollen. **DAS** ist die Größenordnung, um die es geht.

Jahr(zehnt-)elang sind wir gut genug als Reparaturbetrieb und jetzt wirft die Landesregierung die BF 1 im Bereich von „keiner ohne Abschluss“ auf den Status des früheren Berufsgrundbildungsjahres zurück. Auch das beschädigt die Reform-BBS von 2004 massiv und wirft neue Fragen auf, z.B. nach der Erfüllung der 12-jährigen Schulpflicht.

Zur Aufarbeitung fordert der vlbs zeitnah

- 1 eine Reduzierung der Klassenmesszahl in der BF1 auf 16 wie bei „keiner ohne Abschluss“ vorgesehen,**
- 2 die Verdreifachung der sozialpädagogischen Betreuung gegenüber 2005, wie sie an der Hauptschule in 2007 bereits erfolgt ist und**
- 3 die Erweiterung des fachpraktischen Unterrichts.**

zudem benötigen wir

- 4 eine gesetzlich garantierte Anrechnung auf eine nachfolgende Berufsausbildung und**
- 5 die Möglichkeit, eine anerkannte berufliche Teil- oder Vollausbildung anzubieten, die bei Erfolg auch den Hauptschulabschluss beinhaltet.**

Fazit: Auch wir an BBSn brauchen Ressourcen statt Steinbruch!

Die BBSn stehen seit Jahrzehnten an der Seite der arbeitenden Bevölkerung und im effizienten Dialog mit der gewerblichen Wirtschaft bis hinein in den Bereich der Erwachsenenbildung. Wir arbeiten auch aus Sicht der Schulträger effizient bis in den Abend hinein - leider immer noch ohne die komfortablen Randbedingungen der Ganztagschule – weil uns auch eine absolut regierende SPD das nicht einmal fürs BVJ und die BF 1 gönnt.

BBSn sind eine gesellschaftstragende Einrichtung, die neben originären Aufträgen auch die **Unfälle** des allgemein bildenden Systems repariert. Wer das angreift, beschädigt nicht nur die BBSn.

Fragen Sie doch bitte - insbesondere in der SPD - auch mal unseren Ministerpräsidenten, welche Bedeutung es für seine ganz persönliche Kompetenzentwicklung hatte, dass er in einer wichtigen Lebensphase den Weg durch die berufsbildenden Schulen genommen hat - und dass ihn kein Modell à la „RS+“ zu einem Weg an den BBSn vorbei animiert hat.

Der vlbs fordert die Rücknahme aller für eine professionell gestaltete berufliche Bildung schädlichen Komponenten aus der RS+

- und zwar in einem Zeitrahmen, der die Dinge überzeugend klärt, BEVOR 2008 das neue Schulgesetz kommt.

Beschwichtigende Absichtserklärungen reichen nicht, gehandelt muss werden, um einer Schulart mit über 5.000 Lehrkräften und über 120.000 Schülerinnen und Schülern die Identität wieder zu geben, die sie vor dem 30.11.07 hatte!

Wir wollen integraler Teil des Bildungssystems bleiben dürfen und wehren uns mit aller Kraft dagegen, als Kollateralschaden bei der Sanierungsmaßnahme „Realschule plus“ missbraucht zu werden.